

Primäre und sekundäre Arbeitspolitik und Öffentlichkeit. Zum Nutzen einer analytischen Unterscheidung in der Debatte um die Revitalisierung der Gewerkschaften¹

Ich möchte im Folgenden einige Impulse, die ich als Gewerkschaftsforscher aus einer sehr produktiven Zusammenarbeit mit Frieder Wolf erhalten habe, zum Ausgangspunkt weiterführender Überlegungen machen. Sie sind u.a. verknüpft mit laufenden Arbeiten zu einem Projekt über ‚Standortkonflikte‘ (Martens/Dechmann 2007; www.standortkonflikte.de), in dem es vorrangig darum geht, ob sich aus den in jüngerer Zeit zunehmenden und oft lange andauernden und heftigen Konflikten um den Erhalt von Arbeitsplätzen neue arbeitspolitische Dynamiken entwickeln können. Diese Fragestellung taucht im Mainstream des industriesoziologischen Diskurses in der Bundesrepublik allenfalls am Rande auf², weist allerdings Bezüge zu der aus dem angelsächsischen Raum heraus angeregten Debatte um eine ‚Revitalisierung der Gewerkschaften‘ auf (Hälker/Vellay, 2006; AG Strategic Unionism 2007; Dörre 2007).

Erste Berührungspunkte zwischen Wolf und mir ergaben sich in der ersten Hälfte der 1980er Jahre anhand der Frage, ob und wie alte und neue soziale Bewegungen zueinanderfinden können, wenn sie jeweils mit Aussicht auf Erfolg ihre (programmatisch) auf weitreichende gesellschaftliche Veränderung gerichteten Ziele verfolgen (Martens/Peter/Wolf 1984). Angesichts der in den 1970er Jahren deutlich gewordenen Grenzen gewerkschaftlicher Arbeitspolitik einerseits, des Aufkommens neuer sozialer Bewegungen, vor allem der Ökologiebewegung andererseits, schien uns diese Frage wichtig. In einer Phase, in der die kritische Gewerkschaftsforschung die Gewerkschaften als potenziell gesellschaftsverändernde Kraft gerade verabschiedete³, befand sich ein solcher Ver-

¹ Der Aufsatz wurde 2008 in der von U. Linbdner u.a. zum 65. Geburtstag von Frieder O.- Wolf herausgegebenen Festschrift „Philosophieren unter anderen, Beiträge zum Palaver der Menschheit“, Münster, veröffentlicht.

² Britta Rehder (2006) fragt in diesem Zusammenhang zwar spektakulär nach dem möglichen Ende der ‚Dekade des Co-Managements‘, analysiert aktuelle Konflikte dann aber allein unter dem Aspekt ihrer Funktionalität für die Stabilität bestehender korporatistischer Strukturen.

³ Walther Müller-Jentsch als einer der Protagonisten der ‚emphatischen Gewerkschaftsforschung‘ der 1970er Jahre (Wiesenthal 1988) schreibt etwa 1984: „So sympathisch mir diese Erwartungen und Hoffnungen auch sind – ich kann sie nicht (mehr) teilen. Die Gewerkschaften sind zum integralen Bestandteil des mit dem Industrialismus verbundenen bürokratischen Gehäuses geworden. Bei realistischer Abwägung

such, verbunden mit einer kritischen Überprüfung theoretischer Grundlegungen (Wolf 1982), schon ziemlich bald am Rand der industriesoziologischen Debatten. Heute ist dieser Versuch für uns, gemeinsam mit vielen Anderen, eng mit dem Dialogprojekt ‚Forum Neue Politik der Arbeit‘ (www.FNPA.de) verknüpft.

Die Mainstreamdebatten wurden zunehmend durch den Siegeszug systemtheoretischer Konzepte geprägt. In der arbeitspolitischen Forschung an der Sozialforschungsstelle Dortmund (sfs) schlug sich die stillschweigende Verabschiedung neomarxistischer Bezüge durch die Industriegesellschaft in der Formulierung eines ‚Situation-Institution-System-Ansatzes‘ nieder.⁴ Wir fragten Ende der 1980er Jahre nach den Möglichkeiten einer „arbeitspolitischen Erweiterung von Interessenvertretung“ (Martens 1992, 175ff.) und verfolgten ein Konzept, das arbeitspolitisch vor allem an den gegebenen institutionellen Strukturen und Akteuren anzuknüpfen suchte. Auch wir trugen so der in den Konflikten der 1970er Jahre erwiesenen Anpassungs- und Modernisierungsfähigkeit der kapitalistisch geprägten westlichen Gesellschaften Rechnung. In gewollt spielerisch-kritischer Anknüpfung an Helmut Schelsky sprachen wir gelegentlich von einem ‚stabilen institutionellen Wandel‘. Vor allem nahmen wir die innovative Einführung des Begriffs der Arbeitspolitik in die Industriegesellschaft durch Frieder Naschold und Ulrich Jürgens (Jürgens/Naschold 1983; Naschold 1985) auf. Wir akzentuierten demgegenüber in einem ersten Schritt einen eher weiten Politikbegriff und betonten, dass der Bereich der Wirtschaft angesichts der zunehmenden Vergesellschaftung von Produktion und Reproduktion und unter dem Gesichtspunkt des ‚Strukturwandels der Öffentlichkeit‘ (Habermas 1962) nicht einfach als ‚privat‘ und damit ‚nicht-politisch‘ charakterisiert werden könne und die Auseinandersetzung um die Arbeitsgestaltung deshalb zunehmend politischen Charakter bekommen habe. Zugleich verwendeten wir einen Arbeitsbegriff, der gegen die habermassche Unterscheidung von Arbeit und Interaktion in einem umfassend an Marx orientierten Verständnis gedacht, allerdings von uns an der sfs damals philosophisch nicht systematisch unterlegt wurde. Hinsichtlich des Politikbegriffs kamen für mich zusätzlich später – verstärkt durch die institutionentheoretische

der sozialen und politischen Risiken, die sie zu tragen hätten, wenn sie den industriellen Pakt der klassenübergreifenden Wachstumsallianz aufkündigten, kann nicht erwartet werden, daß sie es tun“ (Müller-Jentsch 1984, 27). Das Verhältnis der Gewerkschaften zu den neuen sozialen Bewegungen sei gekennzeichnet von ihrer „Unfähigkeit, innovative demokratische Potenziale aufzunehmen und zur Revitalisierung ihrer versteinerten Organisationspraxis zu nutzen“ (ebd.). Aus heutiger Sicht müsste man wohl sagen, dass die Revitalisierung der Gewerkschaften, unter zunehmender Verknüpfung mit Organisationen neuer sozialer Bewegungen zwar ein schwieriger Prozess ist, aber doch einer, in dem sich mittlerweile eine Menge bewegt.

4 Vgl. allgemein Peter (1989; 1992), bezogen auf Gewerkschaften und Mitbestimmung Martens (1992; 1994).

Debatte in der Politikwissenschaft (Göhler 1994; Brokmeier 1994) und vordergründig schwer hiermit vereinbar – Bezüge auf Hannah Arendt ins Spiel. Im Zusammenhang mit der ‚Rückkehr der politischen Philosophie‘ sind ferner auch die Arbeiten von Jacques Rancières relevant.

Nach einem Zwischenspiel gemeinsamer konzeptioneller Debatten im Zuge der Transformationsforschung nach 1989 (Wolf 1994) kam es dann im Jahre 2000 zu einer systematischen Neuanknüpfung an die alten, gemeinsam interessierenden arbeitspolitischen Fragen: zunächst mit dem sfs-Forum ‚Neue Arbeit – neue Gesellschaft. Nach dem Umbruch‘ (Martens/Peter/Wolf 2001), dann über die Mitinitiierung des ‚Forums Neue Politik der Arbeit‘, das wir aus diesen Impulsen heraus vorantrieben (Scholz u.a. 2006). Bereits im Rahmen seiner Beiträge zum sfs-Forum hat Wolf vorgeschlagen, zwischen ‚primärer‘ und ‚institutionalisierter‘ Arbeitspolitik zu unterscheiden (2001). Diese Unterscheidung war für meine empirischen Arbeiten anregend (Martens 2005; 2007b) und erscheint mir für die neuere Debatte um eine Revitalisierung der Gewerkschaften bedeutsam. Sie führt aber auch zu einigen Fragen, die ich im Folgenden diskutieren möchte. In einem ersten Schritt will ich diese Fragen auf den Politikbegriff in der Tradition der politischen Philosophie beziehen. Danach will ich den für mich relevanten begrifflichen Rahmen und seine Fruchtbarkeit für empirische Untersuchungen knapp umreißen, um dann einige aus meiner Sicht bestehende konzeptionelle Probleme zu erörtern. Abschließend werde ich die wichtigsten Ergebnisse dieser Überlegungen zusammenzufassen.

1. Primäre und sekundäre Arbeitspolitik – zum Nutzen der Unterscheidung bei der Analyse aktueller Konfliktentwicklungen

Die Unterscheidung von primärer und sekundärer Arbeitspolitik wird von Wolf folgendermaßen eingeführt:

Auch auf dem Felde der Arbeitspolitik begegnen wir dem intellektuellen Hindernis einer Vorstellung von Politik als einem Instrumentenkasten von ‚Praktiken‘ (Kant), mit der staatliche Instanzen und Apparate als Träger einer institutionalisierten Politik auf die gesellschaftliche Arbeit in ihrer jeweils ‚vorgegebenen‘ Struktur und Dynamik einwirken. Dadurch kommt dann der gesellschaftspolitische Prozess [...], in dem sich überhaupt erst die neuen Verhältnisse – Akkumulationsmodelle und Regulationsregimes – herausbilden, nicht mehr in den Blick. Diese historische ‚Herausbildung‘ läßt sich nicht als historische ‚Evolution‘ begreifen, in der jedes ‚Stadium‘ sich aus dem vorhergehenden ‚entwickelt‘. Es ist vielmehr als eine immer auch kontingente Resultante des ‚Ringens‘ der auf das Vergesellschaftungshandeln bezogenen alternativen Entwürfe‘ in der ‚Zivilgesellschaft als Hegemoniebildungssphäre‘ (Haug 1996, 142), und zugleich als [...] ‚Fundsache‘, als etwas, wofür die ‚sozialen Bewegungen den

Schlüssel finden‘ müssen [...], zu dechiffrieren. Das schließt die Aufgabe mit ein, auch ihren offenen Rand an noch nicht ausgetragenen, noch nicht festgelegten Möglichkeiten und Weichenstellungen zu erfassen. Um diese unterschiedlichen analytischen Aufgaben nicht zu ‚entpolitisieren‘ wie dies in der Rede von ‚Oberfläche‘ und ‚Kernstruktur‘ ebenso geschieht wie etwa in der Entgegensetzung von ‚Politik‘ und ‚historischem Prozess‘, unterscheide ich sie als ‚primäre‘, auf das gesellschaftliche Ringen bezogene, und als ‚sekundäre‘, auf die verselbständigten Formen institutionalisierter Politikabläufe, bezogene Politik (2001, 229 f.).

Unterschieden wird demnach zwischen (1) einer sekundären Arbeitspolitik im Sinn von geronnenen Mustern institutionalisierten Handelns oder ‚verselbständigten Formen institutionalisierter Politikabläufe‘ sowie (2) einer primären Arbeitspolitik im Sinn von aus den unmittelbaren Arbeitsprozessen heraus erwachsenden Handlungsprozessen. Diese zielen darauf ab, Bedingungen der Verausgabung von Arbeit in einem weiten Sinn zu gestalten und Schutzvorkehrungen für die lebendigen Träger der Arbeit gesellschaftlich durchzusetzen.

Primäres arbeitspolitisches Handeln wird so – anknüpfend an Arendt, aber aus deren „spezifischer Version einer ‚massenfeindlichen‘ politischen Philosophie herausgelöst“ (Wolf 2007, 63) – als Handeln Mehrerer oder Vieler gefasst, und dem letztlich auf dieses zurückzuführenden Handeln von Professionellen in intermediären oder staatlichen Institutionen gegenübergestellt.⁵ Wolfs Unterscheidung führt über das in den 1980er Jahren an der sfs entwickelte, v.a. auf die institutionelle Ebene gerichtete Konzept eines stabilen institutionellen Wandels hinaus, indem der Gedanke der Interessenvertretung arbeitspolitisch erweitert wird. Entscheidend ist das Argument, dass durch die Ausblendung primärer Arbeitspolitik ein „Rationalitätsdefizit“ entstehe, das dann „überwiegend durch das schlichte Festhalten an einmal gewonnenen Realitätsvorstellungen, die sich zumeist auf ältere Zustände der gesellschaftlichen Wirklichkeit beziehen, inhaltlich gefüllt“ werde (Wolf 2001, 231). Dies taue aber „allenfalls für Reaktionen einer rein defensiven Verteidigungsabwehr als Kognitionsgrundlage“ (ebd.). Angesichts der seit Beginn der 1990er Jahre zu beobachtenden Erosionsprozesse der Institutionen der Arbeit erscheint dieser Gedanke nur allzu angemessen – er ist aber m.E. durchaus auch mit dem kritisch-distanzierten Blick kompatibel, den man bei Arendt häufig entdeckt, wenn es um die Berufspolitiker geht, die den politischen Raum stellvertretend für die Vielen besetzen

⁵ Für primäre Arbeitspolitik gilt, was Arendt für politisches Handeln generell feststellt: Sie ist in der Lage, „einen neuen Anfang zu setzen, etwas Neues zu beginnen, die Initiative zu ergreifen oder, Kantisch gesprochen, eine Kette von selbst anzufangen“ (1993, 34).

(1974, 277ff., insbes. 355ff.). Auch darüber hinaus sehe ich deutliche wechselseitige Anknüpfungspunkte, unbeschadet der spezifischen Distanz, die Wolf (2004) gegenüber der arendtschen politischen Philosophie und ihrem Arbeitsbegriff bezieht.

Bei primärer Arbeitspolitik als politische Macht erzeugendem Zusammenhandeln Vieler geht es um die Entstehung des Raums des Politischen als eines „Raums der Freiheit“ (Arendt 1993, 35).⁶ Neben der Frage nach Bezügen zu Arendts politischer Philosophie stellt sich die Frage, ob man sich mit dieser Vorstellung politischen Handelns nicht zugleich auch ihren problematischen Arbeitsbegriff einhandelt.⁷ Arendts Werk ist für eine Analyse der Entstehung politischen Handelns hoch anregend, für Fragen der strategischen Politikformulierung und verbindlichen Entscheidung jedoch, wie Jürgen Habermas (1971, 241ff.) argumentiert, nicht weiterführend. Dies hingegen gilt für aktuelle Debatten zum Zerfall von Öffentlichkeit, zur Krise der Politik (Bauman 1999; Perger/Assheuer 2000) oder zur Rückkehr der politischen Philosophie im „konsensuellen Staat“ der „Post-Demokratie“ (Rancière 2002, 105ff.). Dabei steht Rancière mit seinem Vorschlag der Unterscheidung von „Polizei“ (40) – mit Michel Foucault als „weit jenseits ihrer [engeren polizeilichen – HM] Institutionen und spezialisierten Techniken“ (43) liegend verstanden – und Politik als „Tätigkeit, die der ersten [der Polizei, bzw. der Aufrechterhaltung einer Herrschaftsordnung – HM] feindlich ist“ (41), Wolfs Konzept der primären Arbeitspolitik sehr viel näher als Arendt.⁸ Was Arendt als Raum der Freiheit bezeichnet,

6 Arendt beschreibt diesen am Beispiel der griechischen Polis idealtypisch als historischen „Glücksfall“ (1993, 59) und stellt dazu fest: „Nie wieder werden wir so frei sein wie die Griechen, kein technischer Fortschritt wird uns je wieder helfen, der Sklaverei durch die Notwendigkeit zu entrinnen.“ (2003, 205)

7 Ich habe an anderer Stelle (Martens 2007d) argumentiert, dass Arendts Arbeitsbegriff – im Kontext ihrer Totalitarismuskritik gegen den marxischen gerichtet – nicht an den historischen Veränderungen seines empirischen Gegenstands überprüft ist, zu dem sie in ihrem Denktagebuch zutreffend konstatiert, dass heute „alle Arbeit (außer der Hausarbeit) entscheidend vom Moment des Herstellens bestimmt“ (2003, 375) und dass aus der „Sozialisierung = Entprivatisierung der Arbeit“ (348) der Sozialismus entsprungen sei .

8 Diese Nähe besteht auch zu Wolfs Konzeption radikaler Philosophie. Wenn der „Skandal der Philosophie“ darin liegt, „dass die unterschiedlichsten philosophischen Linien einerseits das Selberdenken propagierten und es auch innerhalb der Philosophieform propagieren mussten, andererseits aber gerade dieses Selberdenken zum Instrument einer Selbstunterwerfung umfunktioniert haben“ (2002, 25f.), dann trifft sich dieses Argument mit Rancières Analyse des „anfänglichen Skandals der Politik, den die demokratische Tatsächlichkeit der Philosophie zu bedenken gibt“ (2002, 27). Beginnend in der griechischen Polis habe „die Partei der Armen nichts anderes [verkörpert] als die Politik selbst als Einrichtung eines Anteils der Anteillosen“, während „die Partei der Reichen nichts anderes [verkörpert] als die Antipolitik“ (26f.).

ist bei Rancière der auf dem Anspruch von Freiheit und Gleichheit aller fußende Streit um den ‚Anteil der Anteilslosen‘, der als Prozess „politischer Subjektivierung“ erst jene „Vielheit erzeugt, die nicht in der polizeilichen Verfassung der Gemeinschaft gegeben“ ist (47).

Ich werde die damit angesprochenen philosophischen Fragen hier nicht weiter erörtern.⁹ Vielmehr will ich mich vor dem Hintergrund einer empirischen Untersuchung aktueller Konflikte im Zug der Verlagerung von Arbeitsplätzen einer begrenzteren Frage zuwenden: Von welchem Punkt an kann von primärem arbeitspolitischem Handeln als wirklich politischem gesprochen werden und was ist erforderlich, damit es politisch folgenreich wird? Ich werde dazu an Oskar Negts und Alexander Kluges Untersuchungen zur Entstehung und Funktion ‚proletarischer Öffentlichkeit‘ anknüpfen.

Beim Rückgriff auf das arendtsche Politikkonzept bleibt das Problem einer begrifflichen Unschärfe, das z.B. Antonio Gramsci bei seiner Unterscheidung von leidenschaftlichem Kampf um Interessen und politischem Kampf dadurch anzu-gehen versucht, dass er von ‚Katharsis‘ als Voraussetzung zur Herausbildung des politischen Kampfes spricht (Röttger 2007). Auch in Rancières Konzept von Politik ist nicht jedes Zusammenhandeln der Anteilslosen schon ein politisches Handeln:

Nichts ist [...] an sich politisch. Aber alles kann es werden, wenn es die Begegnung der zwei Logiken [der polizeilichen und der gleichheitlichen als Prinzip von Politik – HM] stattfinden läßt. Ein und dieselbe Sache – eine Wahl, ein Streik, eine Demonstration kann Politik oder nichts stattfinden lassen. Ein Streik ist nicht politisch, wenn er eher Reformen als Verbesserungen fordert oder wenn er die Autoritätsverhältnisse anprangert statt das Ungenügen der Gehälter. Er ist es, wenn er die Verhältnisse, die den Arbeitsplatz bestimmen, in seinem Verhältnis zur Gemeinschaft neu ordnet. (2002, 44)

Wenn wir heute konkrete betriebliche Kämpfe – wie z.B. die in jüngerer Zeit vermehrt zu beobachtenden Standortkonflikte – näher untersuchen, werden wir in deren Entwicklung zunächst auf leidenschaftliche Kämpfe um Interessen stoßen, in denen mehr oder weniger arbeitspolitisches Potenzial enthalten sein

⁹ So ist etwa bei Rancière, wenn er von politischer Subjektivierung spricht, im Kern von einer Negation von Subjektivierung im Sinn von Positionszuweisung und Zurichtung innerhalb einer je gegebenen Herrschaftsordnung die Rede, vom Subjekt als einem unterworfenen. Bei Arendt hingegen sind mit dem Denken als „dialogisch mit-sich-selbst-sein auf andere bezogen“ (2003, 283) und „unbedingter‘ Tätigkeit und Quelle der Freiheit“ (261) unverkennbar Bezüge zu einer Subjektphilosophie in der Tradition des deutschen Idealismus von Kant bis Husserl und Heidegger gegeben. Es geht um das Subjekt als zugrundeliegendes.

mag, und dann danach zu fragen haben, was sich davon in welchen Konstellationen oder unter welchen Bedingungen entfaltet. Die von Wolf vorgeschlagene begriffliche Unterscheidung erweist sich hier im ersten empirischen Zugriff als ausgesprochen fruchtbar. Die sozialen Konflikte im Bereich von Industrie- und Dienstleistungsarbeit, die sich derzeit als Widerstandshandeln unterschiedlicher Beschäftigtengruppen zunehmend entzünden, müssen zunächst einmal als leidenschaftliches Interessenhandeln charakterisiert werden – seien es relativ autonom von Gruppen hoch qualifizierter Beschäftigter geführte Konflikte wie der Siemenskonflikt (Martens 2006; Croucher u.a. 2007), seien es gewerkschaftlich initiierte, wohl kalkulierte Konflikte, die diese Beschäftigtengruppe argumentativ stark einbezogen haben, wie etwa der Conti-Konflikt (IGBCE 2007), oder die verschiedenen Streiks um Sozialtarifverträge, aus denen heraus sich ebenfalls autonome primäre arbeitspolitische Prozesse seitens der Streikenden entwickeln können, wie das Beispiel des Streiks bei BSH-Spandau am deutlichsten zeigt (Gester o. J., 24ff.).¹⁰

Was man an allen Konflikten zeigen kann, ist:

- Es wird immer schwieriger, in ihnen Interessenausgleiche herzustellen – sei es durch Kompromissbildungen mit dem Konfliktgegner, sei es im Hinblick auf die Interessen verschiedener, möglicherweise auch unterschiedlich involvierter Beschäftigtengruppen, etwa zwischen Produktionsarbeitern und Entwicklungsingenieuren am gleichen, von Stilllegungen betroffenen Standort oder zwischen unterschiedlichen Beschäftigtengruppen im Rahmen eines gemeinsamen Tarifvertrags.
- In vielen dieser Konflikte wird ein erhebliches arbeitspolitisches Potenzial virulent, das aber nur zur Geltung gebracht werden kann, wenn es gelingt, „eine Begegnung zwischen der polizeilichen und der gleichheitlichen Logik stattfinden [zu] lassen, welche niemals bereits konstituiert ist“ (Rancière 2002, 44).
- Bei den Streiks um Sozialtarifverträge könnte man sich solche Begegnungen dort vorstellen, wo die Streikenden eine Verknüpfung zwischen Konzernentscheidungen zur Standortschließung und Forderungen für die weitere politische Gestaltung der Entwicklung einer Region herzustellen vermö-

¹⁰ Unter den rechtlich gegebenen Bedingungen in der Bundesrepublik dürfen Unternehmensentscheidungen seitens einer Gewerkschaft nicht durch einen Streik in Frage gestellt werden. Der Streik um einen Sozialtarifvertrag ist deshalb die ‚Krücke‘, über die eine solche Entscheidung so teuer gemacht werden soll, dass ein Unternehmensvorstand sich zu ihrer Revision veranlasst sieht. Zu einer vorläufigen vergleichenden Interpretation der verschiedenen, hier angedeuteten Konflikte vgl. Martens/Dechmann 2007.

gen. Solche Begegnungen sind zugleich daran gebunden, dass es ihnen gelingt, entsprechende neue politische Räume herzustellen.

- Ernstliche Konfliktlösungen hätten bei den gegenwärtig vermehrt aufbrechenden Arbeitskonflikten eine wirkliche Politisierung der Auseinandersetzungen zur Voraussetzung. In der gewerkschaftlichen Debatte um neue arbeitspolitische Ansätze (Detje 2005; Peter 2007) reflektiert sich das vielfältig. Im Verlauf der hier angesprochenen Konflikte wird vor allem die Ohnmacht der institutionalisierten Politik sichtbar, die weder konkrete Unternehmensentscheidungen beeinflussen kann, noch gewillt ist, deren Rahmenbedingungen durch politische Eingriffe anders zu gestalten. Zugleich wird die einzelwirtschaftliche Rationalität der jeweiligen unternehmerischen Entscheidungen grundsätzlich kaum in Frage gestellt. Im Verlauf einzelner Konflikte gelingt den unmittelbar Handelnden die Herstellung von neuen Räumen politischer Öffentlichkeit in z.T. bemerkenswerter Weise, etwa unter Nutzung der Möglichkeiten des Internets (Martens 2006; 2007b). Zugleich sind solche Strukturen aber auch instabil und können sich deutlich an den vorgegebenen gewerkschaftlichen Strukturen reiben. Negt/Kluge (1972) haben in ihren Analysen proletarischer Öffentlichkeit wiederholt auf zwei Sachverhalte hingewiesen:

- (1) In bestimmten Konflikten ist es möglich „daß sie [die Arbeiter – HM] sich verhalten können, als ob es eine entgegenstehende fremde Realität nicht gäbe. [...] Dabei sind die neu entstehenden Formen von Kommunikation und proletarischer Öffentlichkeit Teil eines sich schnell organisierenden Zusammenhangs, in dem sich jeder Einzelne so verhält, wie er sich insgeheim in seiner Phantasie, in seinen Wünschen, in seinen Triebansprüchen immer schon verhalten hat.“ (406f.)
- (2) „In der Geschichte der Arbeiterbewegung treten immer wieder Ansprüche der Arbeiter gegenüber der Öffentlichkeit auf, die von den Organisationen der Arbeiterklasse nur unbefriedigend beantwortet werden“ (77); „die Bürgerliche Öffentlichkeit, die dem Arbeiter in Form seiner eigenen Organisation entgegentritt, bestätigt ihn in der Unfähigkeit, sich autonom auszudrücken.“ (ebd.)

Beides findet sich in den aktuellen Konflikten wieder. Zugleich wird in diesen Konflikten jedoch ein erhebliches arbeitspolitisches Potenzial sichtbar, dessen die Gewerkschaften, die diese Konflikte zugleich aktiv unterstützen und im Sinn ihrer Logik interessenorientierten Handelns begrenzen, dringend bedürfen.¹¹

¹¹ Im Fall des Streiks um einen Sozialtarifvertrag bei BSH in Berlin-Spandau (Martens/Dechmann 2007) etwa akzeptierte die IG Metall ein weitreichendes Angebot des Unternehmens zur Sicherung von Arbeitsplätzen um den Preis des ausdrücklichen eigenen Verzichts auf eine weiter forcierte öffentliche Demonstration der arbeitspoliti-

Denn die Konflikte sind Reaktion auf die Erosion und das zunehmende Versagen institutionalisierter sekundärer Politikformen, die in der Vergangenheit bestimmte, gesellschaftlich als legitim durchgesetzte und anerkannte Ansprüche gesichert haben.

2. Primäre Arbeitspolitik als Impuls zu einer Neubestimmung des Vermittlungszusammenhangs von primärer und sekundärer Politik

An dieser Stelle ergeben sich weiterführende Fragen danach, wie man sich eine Entfaltung neuer arbeitspolitischer Ansätze vorstellen soll: als dynamischen Prozess jenseits der alten Institutionen, in dem sich die Kämpfenden als Teil der Multitudo gegenüber dem Empire konstituieren, realitätsmächtig werden und endlich die begrenzten alten Institutionen überwinden (Hardt/Negri 2002), oder aber als eher mühsamen Prozess der Herstellung eines neuen Vermittlungszusammenhangs von neuer primärer und schon institutionalisierter sekundärer Politik?¹² Aus der bisher entwickelten Argumentation und dem hier nur cursorisch möglichen Blick auf die Empirie ergeben sich zwei Schlussfolgerungen: (1) Die tatsächliche Entfaltung primärer arbeitspolitischer Prozesse ist in den gegenwärtig zu beobachtenden Konflikten daran gebunden, dass die Gewerkschaften selbst ein Interesse daran entwickeln, einen neuen Vermittlungszusammenhang von primärer und sekundärer Arbeitspolitik herzustellen (Martens 2007c). Denn sie sind, unbeschadet aller Prozesse der Erosion ihrer überkommenen institutionellen Machtpositionen, ein wichtiger Akteur innerhalb dieser Konflikte, die aus sich heraus keine solche Dynamik entwickeln, dass die institutionalisierten Gewerkschaften sozusagen ‚aus dem Spiel‘ sind. (2) Jeder Schritt einer stabilen Entfaltung neuer arbeitspolitischer Räume qua Herstellung eines solchen neuen Vermittlungszusammenhangs müsste sich zugleich als Schritt einer zunehmenden Auseinandersetzung um Hegemonie erweisen, um Deutungshoheit in Bezug auf die Probleme und Problemlösungsmöglichkeiten, die in den Konflikten zum Ausdruck kommen. In den konkreten Konflikten, auf die ich mich hier beziehe, wird die herrschende Ideologie bislang allerdings nur wenig ‚angekratzt‘.¹³ Die gegenwärtige Lage ist dadurch gekennzeichnet, dass

schen Forderungen der Streikenden – und stieß damit zur eigenen Überraschung bei zwei Dritteln von ihnen auf massive Ablehnung .

12 Ich möchte hier darauf hinweisen, dass Wolfs Begrifflichkeit, die auch ich verwende, nicht der strikten rancièreschen Entgegensetzung von Politik und Polizei folgt, sondern von institutionalisierter Politik als einer an Aristoteles angelehnten ‚Para-Politik‘ (Rancière 2002, 82ff.) ausgeht.

13 Im Kern ginge es also darum, an die in konkreten Konflikten virulent werdenden Widersprüche anknüpfend die Art und Weise, wie die große Mehrheit der Bevölke-

zwar zunehmend politisierungsfähige Konflikte aufbrechen und in Einzelfällen unmittelbar Konfliktbeteiligte entsprechende Prozesse auch herbeizuführen suchen, dass aber im Kern die arbeitspolitische Stossrichtung der in sie involvierten Gewerkschaften auf Sicherung bzw. Wiederherstellung eines Status quo ante im Sinn der Funktionsmechanismen der alten ‚Deutschland AG‘ bzw. sozialpartnerschaftlicher Beziehungen im Rahmen des korporatistischen Modells gerichtet ist. Debatten um grundlegende neue Orientierungen, wie etwa im Dialogprojekt ‚Forum Neue Politik der Arbeit‘ zwischen Gewerkschaft und gewerkschaftsnaher Wissenschaft (www.FNPA.de; Scholz u.a. 2006), erreichen bislang nur eine deutlich begrenzte gewerkschaftliche Teilöffentlichkeit.

Im historischen Rückblick können wir an dieser Stelle festhalten, dass mit dem Entstehen neuer und erweiterter öffentlicher Erfahrungsräume in der privatkapitalistischen Produktion ein Raum entstanden und durch bestimmte institutionelle Vorkehrungen abgestützt worden ist, aus dem heraus primäres arbeitspolitisches Handeln von den Arbeitenden selbst immer wieder neu hervorgebracht, aber zugleich auch immer wieder institutionell begrenzt wird. Die institutionellen Strukturen des deutschen Korporatismus sind dabei besonders ausgeprägt. Die in ihnen verankerten gewerkschaftlichen Akteure sind als Resultat vergangener erfolgreicher Institutionalisierung nicht mehr ohne Weiteres als Akteure einer sozialen Bewegung zu verstehen. Dies lässt sich aktuell an den erwähnten Standortkonflikten empirisch zeigen.

Knüpft man nun mit Wolf an die politische Philosophie Arendts und insbesondere Rancières an, wird man von einem primären politischen Handeln in Bezug auf die Sphäre der gesellschaftlichen Arbeit nur dann sprechen können, wenn es (1) ein Zusammenhandeln Mehrerer oder Vieler gibt, wenn es (2) in einem öffentlichen, zumindest betriebsöffentlichen, Raum statt findet und wenn es (3) aktiv darauf gerichtet ist, „die Verhältnisse, die den Arbeitsplatz bestimmen“ (Rancière 2002, 44), in Beziehung zur Gesellschaft neu zu ordnen. Von den alltäglichen Prozessen des Arbeitens und Herstellens aus betrachtet, in denen die Arbeitenden in Fabrik, Werkstatt, Verwaltung etc. kooperieren, könnte man

rung sich selber innerhalb der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse begreift, zum Thema proletarischer Öffentlichkeit zu machen. Dafür sind Erzählungen erforderlich, welche die Verhältnisse erklären, in die die Menschen in ihrem Leben eingebunden sind; Erzählungen, die die innerbürgerlichen kompensatorischen Erzählformen überwinden können. Es ginge also um die Entwicklung eines zusammenhängenden Diskurses, der die erlebte Lage durch das strukturelle Defizit des gegenwärtigen Kapitalismus erklärt, der nicht mehr dazu in der Lage ist, jede Generation doppelt so reich zu machen wie die vorhergehende. Im Kontext der hier entwickelten Überlegungen wäre davon auszugehen, dass ein solcher Prozess nur denkbar ist in einem sukzessive zu entfaltenden Raum proletarischer Öffentlichkeit, durch den die gesellschaftliche ‚Passivitätskrise‘ (Sennett 2006) überwunden werden könnte.

auch sagen: Es mag vielfältige Formen der Auseinandersetzung mit den vorgegebenen Arbeitsbedingungen geben – von der Wahrnehmung von Exitoptionen über Absentismus bis z.B. zu verdecktem Konflikt handeln in Form von Sabotage¹⁴ –, aber diesen Auseinandersetzungsformen muss deshalb noch keineswegs die Qualität des Politischen zukommen. Das gilt gleichermaßen für die alltägliche Tätigkeit professioneller Interessenvertreter, in der Bundesrepublik Deutschland also vor allem der Betriebsräte. Insoweit sie ihrer Arbeit in Ausschüssen und Gremien nachgehen – z.B. in Kooperation mit Angehörigen der Personalabteilung, Repräsentanten staatlicher Institutionen, sei es des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, der beruflichen Bildung, in der Selbstverwaltung usw. – erscheint es sehr viel angemessener, von Interessenvertretungsarbeit zu sprechen. Dies gilt nicht zuletzt auch deshalb, weil es hier dezidiert um die Vertretung von Interessen geht und nicht um deren ‚Übersteigen‘ im Wege ihrer Transformation in politische Prozesse. Aber Interessenvertretungsarbeit kann sicherlich jederzeit politisch werden, wenn z.B. Konflikte aufgrund der Infragestellung eingeschliffener Routinen bzw. bis dahin akzeptierter institutioneller Muster aufbrechen – und dies ist in jüngster Zeit vermehrt zu beobachten. Anschließend an die bei Negt/Kluge (1972) entwickelten Überlegungen wäre die Herstellung proletarischer Öffentlichkeit in Umkehrung der bürgerlichen Öffentlichkeit zu verstehen als „Organisierung von Konflikterfahrungen“ zu „einer alle Gesellschaftsglieder umfassenden, aufhebenden und niemals ausgrenzenden Öffentlichkeit“ (32). Dabei entwickelt sich primäre Arbeitspolitik nicht einfach aus sich heraus. Vielmehr bedarf ihre Entfaltung (als Politik) immer der geeigneten Formen der Organisation und Verarbeitung neuer Erfahrungen. Sie braucht also die Entfaltung entsprechender öffentlicher Räume und die Herstellung eines neuen Vermittlungszusammenhangs von primärer und institutionalisierter Politik.

Die Analysen von Negt/Kluge machen deutlich, dass öffentliche Räume, in denen politische Prozesse entfaltet und gesellschaftliche Entwicklungen gestaltet werden können, (1) immer erst hergestellt werden müssen, dass dabei (2) bürgerliche Öffentlichkeit die Prozesse der Produktion (von Leben und von Gütern) weitgehend ausspart und dass (3) die Frage, welche Erfahrungen durch den

14 Im Fall des Streiks um einen Sozialtarifvertrag bei AEG im Frühjahr 2006, der die Schließung des deutschen Produktionsstandortes mit einem Verlust von ca. 1500 Arbeitsplätzen nicht verhindern konnte, finden wir z.B. im Jahr nach dem Streik bis zur endgültigen Schließung des Werkes einen kontinuierlichen Krankenstand von bis zu 70 Prozent (!). Auch wenn die Krankheitsdauer regelmäßig 6 Wochen unterschritt, so dass die Kosten für das Unternehmen und nicht für die Krankenkasse eintraten, sind diese Praktiken allerdings eine Form ununterbrochenen, erbitterten Konflikt handlung, das die Schwelle zu arbeitspolitischem Handeln nicht mehr genommen hat (Martens/Dechmann 2007).

öffentlichen Gebrauch der Vernunft gemacht und verarbeitet werden können, sehr wesentlich davon abhängt, wie weitgehend es gelingt, das Ziel der „wahren bürgerlichen Politik, [einen] Republikanismus und ewige[n] Friedenszustand, der das Gegenteil der tatsächlichen Beziehungen der im ökonomischen Kampf stehenden Glieder der Gesellschaft darstellt“ (ebd.), zu konterkarieren.

3. Schluss

Das Ergebnis der hier angestellten Überlegungen kann in Form einiger Thesen zusammengefasst werden:

1. Im Zusammenhang mit dem Versuch, Arbeitspolitik begrifflich präziser zu fassen, ist ein Rückgriff auf Arendts Politikbegriff hilfreich – und er ist möglich, ohne sich damit zugleich auch ihren problematischen Arbeitsbegriff einzuhandeln.
2. Der im Anschluss an Arendt gewonnene und in der Auseinandersetzung mit Rancière weiter geschärfte Politikbegriff gestattet es, arbeitspolitisches Handeln in Bezug auf das System der Erwerbsarbeit präziser zu fassen, als dies im ursprünglich mikropolitisch überdehnten Politikverständnis des von Naschold/Jürgens eingeführten Konzepts der Fall war.
3. Dieser Politikbegriff ist in hohem Maße anschlussfähig an die von Wolf vorgeschlagene Unterscheidung von primärer und sekundärer Arbeitspolitik. Allerdings gilt es, den Fehler zu vermeiden, jegliches kollektives Interessenhandeln, das sich unter den heutigen Bedingungen subjektiver und entgrenzter Arbeit in neuen Grenzkonflikten geltend macht (Peter 2007), als politisch zu bezeichnen. Gerade ein anspruchsvoller Politikbegriff im Anschluss an Arendt und Rancière zwingt zu weiteren Differenzierungen und macht es erforderlich, primäres politisches Handeln immer zugleich als Handeln zu verstehen, dass auf erweiterte Ausgestaltung schon institutionalisierter Räume von Freiheit gerichtet ist.
4. Für ein besseres Verständnis der Genese politischer Prozesse, die bei Arendt und Rancière zwingend an die Herstellung entsprechender öffentlicher Räume gebunden ist, bleibt eine Lektüre von Negt/Kluge anregend. Es gilt den Vermittlungszusammenhang von institutionalisierter Politik, die zunächst immer in Formen bürgerlicher Öffentlichkeit statt findet, und neuer primärer Politik in den Blick zu nehmen.
5. Die Entfaltung proletarischer Öffentlichkeit ist schließlich nicht denkbar ohne Nutzung und Veränderung vorhandener institutioneller Strukturen und Orientierungen. Insofern stellt die in absehbarer Zeit weiter wachsende Konfliktträchtigkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse für die Arbeitenden und ihre Gewerkschaften eine ständige Herausforderung der Erneuerung des Vermittlungszusammenhangs von primärer und institutionalisierter Arbeitspolitik dar – wobei nur über dessen Veränderung die Anstrengungen radikaler Philoso-

phie in Richtung auf Überwindung von Herrschaftsstrukturen praktisch wirksam werden können.

Literatur

- AG Strategic Unionism (Brinkmann, Ulrich/ Choi, Hae-Lin/ Detje, Richard/ Dörre, Klaus/ Holst, Hajo/ /Serhat, Karakyali/ Schmalstieg, Catharina), *Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms*, Jena 2007.
- Arendt, Hannah, *Über die Revolution*, München-Zürich 1974.
- dies., *Was ist Politik? Fragmente aus dem Nachlass*, hg. v. Ursula Ludz, München-Zürich 1993.
- dies., *Denktagebuch*, hgg. v. Ursula. Ludz u. Ingeborg. Nordmann, 2 Bände, Zürich 2003.
- Bauman, Zigmunt, *Die Krise der Politik. Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit*, Hamburg 1999.
- BdWiHome/Forum Wissenschaft (2004): *Neue Weltordnung, Neue Kriege. Globalisierung, Imperialismus und Empire*, www.bdwi.de/forum/fwl-04-25.htm [20.02.2008]
- Brokmeier, Peter, „Institutionen als Organon des Politischen. Versuch einer Begriffsbildung im Anschluss an Hannah Arendt“, in: Göhler, Gerhard. (Hg.), *Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie*, Baden-Baden 1994, 167–186.
- Croucher, Richard/ Martens, Helmut/ Singe, Ingo, „A German Employee Network and Union Renewal: the Siemenskonflikt“, in: *Relations Industriell - Industrial Relations*, Vol. 62, 2007, No. 1, 143- 168.
- Detje, Richard/ Pickshaus, Klaus/ Urban, Hans-Jürgen, *Arbeitspolitik kontrovers. Zwischen Abwehrkämpfen und Offensivstrategien*, Hamburg 2005.
- Dörre, Klaus, „Gewerkschaften und die kapitalistische Landnahme: Niedergang oder strategische Wahl? Einführung“, in: Geiselberger, H. (Hg.), *Und Jetzt? Politik, Protest und Propaganda*, Frankfurt/M 2007, 53-78.
- Gester, Jochen (Hg.), „Es geht nicht nur um unsere Haut“ *Der Streik beim Bosch-Siemens-Hausgerätewerk in Berlin-Spandau*, Berlin o. J.
- Göhler, Gerhard (Hg.), *Die Eigenart der Institutionen. Zum Profil politischer Institutionentheorie*, Baden-Baden 1994.
- Habermas, Jürgen, *Strukturwandel der Öffentlichkeit*, Neuwied/Berlin 1962.
- dies., „Hannah Arendt“ (1971), in: ders., *Philosophisch-politische Profile*, erweiterte Ausgabe, Frankfurt/Main-Wien 1987, 223-248.
- Hälker, Jury/ Vellay, Claus (Hg.), *Union Renewal – Gewerkschaften in Veränderung*, Düsseldorf 2006.
- Hardt, Michael/ Negri, Antonio, *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt/M-Zürich-Wien 2002.
- Hartwich, Hans-Hermann (Hg.), *Politik im 20. Jahrhundert*, Braunschweig 1964.
- Haug, Wolfgang Fritz, „Was kommt nach dem fordistischen Marxismus?“, in: *Das Argument*, 38. Jg., 1996, H. 2, 183–200.
- IG Bergbau-Chemie-Energie, Landesbezirk Nord, „*Wir sind Deutschland. ... als Markt- und für Beschäftigung? Continental. Wir wehren uns*“, Hannover 2007.
- Jürgens, Ulrich/ Naschold, Frieder, *Arbeitspolitik. Materialien zum Zusammenhang von politischer Macht, Kontrolle und betrieblicher Organisation der Arbeit*, Opladen 1983 (Leviathan Sonderheft 5/1983).

- Martens, Helmut, „Gewerkschaftspolitik und Gewerkschaftssoziologie“, in: ??, Gewerkschaftsforschung am Landesinstitut Sozialforschungsstelle, Dortmund 1992, 175-196.
- ders., „Empirische Institutionenforschung – theoretische und methodologische Aspekte am Beispiel der Mitbestimmungsforschung“, in: Göhler, Gerhard (Hg.), *Die Eigenart der Institutionen: zum Profil politischer Institutionentheorie*, Baden-Baden 1994, 273-300.
- ders., *Nach dem Ende des Hype. Zwischen Interessenvertretungsarbeit und Arbeitspolitik*, Münster 2005.
- ders., „Arbeitspolitische Initiativen In der IT-Branche. Ambivalenzen des dezentralen ‚Selbertuns‘ und Herausforderungen und Chancen einer neuen Netzwerkpolitik für die Gewerkschaften“, in: *ARBEIT*, H. 4, 2006, 231-245.
- ders., *Industriesoziologie im Aufbruch? Herausforderungen empirischer Arbeitsforschung im Epochenbruch*, Münster 2007a.
- ders., *Primäre Arbeitspolitik und neue Gewerkschaften im Gesundheitswesen. Der Ärztestreik 2006 als Beispiel primärer Arbeitspolitik in Zeiten tiefgreifender gesellschaftlicher Umbrüche*, HBS-Forschungsbericht, Düsseldorf 2007b (i.E.), .
- ders., „Primäre und institutionalisierte Arbeitspolitik – ein zu erneuernder Zusammenhang“, in: Peter, Gerd (Hg.), *Grenzkonflikte der Arbeit*, Hamburg 2007c, 182-201.
- ders., *Arbeit, Interessen, Politik – primäre und institutionalisierte Arbeitspolitik und Öffentlichkeit. Anknüpfungspunkte und weiterführende begriffliche Klärungen*, Arbeitspapier 1 aus dem sfs-Projekt „Standortkonflikte“, www.standortkonflikte.de 2007d.
- ders./ Dechmann, U., *Standortkonflikte: Erste empirische Befunde und Schlussfolgerungen für die weitere Operationalisierung der Untersuchung*, www.standortkonflikte.de, 2007.
- ders./ Peter, Gerd/ Wolf, Frieder Otto, *Arbeit und Technik in der Krise. Gewerkschaftliche Politik und alternative Bewegung*, sfs-Beiträge aus der Forschung Bd. 2, Dortmund 1984.
- dies. (Hg.), *Zwischen Selbstbestimmung und Selbstausbeutung. Gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit*, Frankfurt/M-New York 2001.
- Müller-Jentsch, Walther, „Klassen-Auseinander-Setzungen. Lesarten über die Arbeitskonflikte der siebziger Jahre und Mutmaßungen über die Zukunft der Gewerkschaften“, in: *Prokla* 54, 10-32.
- Naschold, Frieder (1985): „Zum Zusammenhang von Arbeit, sozialer Sicherung und Politik. Einführende Anmerkungen zur Arbeitspolitik“, in: ders. (Hg.), *Arbeit und Politik – Gesellschaftliche Regulierung der Arbeit und soziale Sicherung*, Frankfurt/M 1985,
- Negt, Oskar/ Kluge, Alexander, *Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit*, Frankfurt/M 1972.
- Perger, Werner. A./ Assheuer, Thomas (Hg.), *Was wird aus der Demokratie*, Opladen 2000.
- Peter, Gerd, „Staatliche Arbeitspolitik und Mitbestimmung. Eine Einführung in das Schwerpunktthema“, in: Fricke, W. u.a. (Hg.): *Jahrbuch Arbeit und Technik in Nordrhein-Westfalen 1987*, Bonn 1987, 51-61.
- ders., „Mitbestimmung zwischen Arbeitspolitik und Interessenvertretung – Skizze eines Forschungsansatzes“, in: Martens, Helmut/ Peter, Gerd (Hg.), *Mitbestimmung und Demokratisierung. Stand und Perspektiven der Forschung*, Wiesbaden 1989, 13–33.
- ders., *Theorie der Arbeitsforschung. Situation-Institution-System als Grundkategorien empirischer Sozialwissenschaft*, Frankfurt/M-New York 1992.

- Rehder, Birgit, „Legitimitätsdefizite des Co-Managements. Betriebliche Bündnisse für Arbeit als Konfliktfeld zwischen Arbeitnehmern und betrieblicher Interessenvertretung“, in: *Zeitschrift für Soziologie*, 35. Jg., H. 3, 2006, 227-242.
- Rancière, Jacques, *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*, Frankfurt/M 2002.
- Röttger, Bernd, „Passive Revolutionen – ein Schlüssel zum Verständnis kapitalistischer Umwälzungen und der aktuellen Krise der Gewerkschaftspolitik“, in: *Das Argument* 270, 49. Jg., H. 2, 2007, 179-195.
- Scholz, Dieter/ Glawe, Heiko/ Martens, Helmut/ Paust-Lassen, Pia/ Peter, Gerd/ Reitzig, Jörg/ Wolf, Frieder Otto. (Hg.), *Turnaround? Strategien für eine neue Politik der Arbeit. Herausforderungen an Gewerkschaften und Wissenschaft*, Münster 2006.
- Sennett, Richard, „An der Schwelle zum Zerfall'. Die US-Gesellschaft in der Passivitätskrise.“, Gespräch mit Ingar Solty, in: *Das Argument* 264, 48. Jg., 2006, 27-35.
- Wetzel, Dieter. (2005): „'Tarif aktiv' – ‚besser statt billiger‘ Leitprojekte für eine veränderte Praxis“, in: Detje, Richard/ Pickshaus, Klaus/ Urban, Hans-Jürgen (Hg.), *Arbeitspolitik kontrovers. Zwischen Abwehrkämpfen und Offensivstrategien*, Hamburg 2005, 161-171.
- Wolf, Frieder Otto, *Umwege. Politische Theorie in der Krise des Marxismus*, Hannover 1982.
- ders., *Rahmenkonzept für eine kumulative westeuropäische Sozialforschung in Osteuropa*, sfs-Materialien aus der Forschung, Band 23, Dortmund 1994.
- ders., „Selberausbeutung“ im Übergang wohin? – Überlegungen zur „Neuen Arbeit“ im Hinblick auf ihre gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten, in: Martens, Helmut/ Peter, Gerd/ Wolf, Frieder Otto (Hg.), *Zwischen Syelbstbestimmung und Selbstaubeutung. Gesellschaftlicher Umbruch und neue Arbeit*, Frankfurt-New York, 208-238.
- ders., *Radikale Philosophie. Aufklärung und Befreiung in der neuen Zeit*, Münster 2002
- ders., „Fragmente einer Kritik traditionell philosophischer Zugänge zur Arbeit“, in: ders., *Arbeitsglück: Untersuchungen zur Politik der Arbeit*, Münster 2004, 34-80.
- ders., „Haben wir es nicht auch etwas kleiner? Rückfragen zum überschwänglichen Projekt der Multitude“, in: ders./ Peter, Gerd, *Welt ist Arbeit. Im Kampf um eine neue Ordnung*, Münster 2007., 65-71.